

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72208 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10. und 11. Spalte, Kolonelle 35 Wg., bei Platzvorteil 40 Wg. Stellenangebote 10 Wg., Kolonelle 25 Wg. Familiennachrichten von Privaten die 1. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 Wg. Inl. v. a. ausm. die 10. und 11. Spalte, Kolonelle 40 Wg., bei Platzvorteil 50 Wg., Reklamesp. 2.25 Wg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Das Ende der „Stillen Koalition“.

### Der Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom 9. Dezember folgenden Beschluß gefaßt:

1. Durch die Reden des Abgeordneten Dr. Scholz, des Führers der Deutschen Volkspartei, in Jüterburg und Königsberg sind die Vereinbarungen, die zwischen dem Reichstagsrat und der sozialdemokratischen Fraktion über die Fühlungnahme mit den Regierungsparteien getroffen waren, hinfällig geworden.

Die sozialdemokratische Fraktion erhält dadurch freie Hand für alle politischen Entscheidungen.

2. Zum Mißtrauensvotum gegen den Minister Rühl hat die Fraktion sofort Stellung genommen, und zwar durch die Rede des Abg. Dr. Breitfeld, durch ihre Erklärung zur Schlußdebatte, wobei ihr Mißtrauen gegen den Minister Rühl scharf zum Ausdruck kam.

Die Fraktion hält eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig und wird sie bei der dritten Lesung des Nachtragssetats herbeiführen. Aus diesem Grunde wird sie sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Dr. Rühl der Stimme enthalten.

Gegen zwei Uhr nachmittags war die Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes zu Ende gegangen, in der der vorstehende Beschluß formuliert worden ist. Um die dritte Stunde bereits wird die Volkszeitung im Foyer des Reichstages verfaßt, und schon um diese Zeit waren die Grundgedanken des Vorstandesbeschlusses im Organ Georg Bernhards, wenigstens dem Sinne nach, wiedergegeben. Und dazu eine höchst unerwünschte Interpretation. Das alles im Zeitraum von einer Stunde. Ohne Zweifel eine Meisterleistung im Zeitungsbetrieb, die leider nur die wenigsten sozialdemokratischen Zeitungen aufzuweisen haben. In der Abendausgabe des Vorwärts, die viel später kam, war darüber noch nichts zu finden, und dessen Redakteure zählen zu den Privilegierten. Der gewöhnliche sozialdemokratische Redakteur darf diese Ansprüche nicht geltend machen, womit wir nicht etwa behaupten wollen, daß die Volkszeitung bereits zum Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei ernannt worden wäre.

Immerhin, der Beschluß des Fraktionsvorstandes ist ein Schritt, der zum Wege zur Schaffung von Klarheit führt. Die Rede des Herrn Dr. Scholz hat geradezu Wunder gewirkt. Diese Wirkungen sind wohl auch beabsichtigt gewesen, zum Glück und zum Segen der deutschen Sozialdemokratie. Heute wird nun im Reichstage über den kommunistischen Antrag gegen den Minister Rühl abgestimmt. Die Haltung der Fraktion zu dieser Frage ist aus dem obigen Beschlusse zu ersehen. Weitergehendere Anträge, die die sofortige Einbringung sozialdemokratischer Mißtrauensvoten zum Ziele hatten, wurden mit der üblichen Mehrheit abgelehnt. Wir bedauern dies, da die Zeit bis zur dritten Lesung des Nachtragssetats, die im Laufe der kommenden Woche erfolgen wird, nur einen Zustand des Hanges und Bangens bringen kann. Vielleicht noch mehr. Zweifellos sind gewisse geheimnisvolle Kräfte am Werke, die „von Mund zu Mund“, wie in der großen Revue des Reinhardttheaters der Fünftausend neue Szenen zu schaffen suchen.

Kommt Zeit, kommt Rat. So mögen die jungen Leute in der Boh, deren Chef Herr Dr. Stresemann in Genf assistiert, erleichtert aufatmen haben, und zweifellos hat der letzte Morgen des geschäftigen Dr. Rühl noch nicht getagt. Schließlich hofft man auch auf den Genfer Zaubermeister, der nach vollendetem Investitionsbau den verhärteten Seelen der Volksparteiler sein: „Sesam, öffne dich!“ rufen soll. Dies Zeichen ist des Kindes höchster Wunsch. Wir leben in den Tagen der Weisheitszeit, und warum sollten jetzt nicht auch ältere Leute ihre politischen Wünsche haben.

Jedenfalls laufen zur Zeit allerlei Politiker herum, die an irgendein Wunder glauben, damit die schon vor der Geburt verfallene Große Koalition dennoch zur Wirklichkeit werde. Zweifellos müßte auch der obige Beschluß kein absolutes Hemmnis sein, wenn nur in den Parteireihen des Jüterburger Redners Dr. Scholz für eine derartige Vernunftliebe irgendeine Neigung vorhanden wäre. Selbst die am besten eingeweihten Freunde der Großen Koalition erklären resigniert, daß in der Reichstagsfraktion der Volkspartei noch nicht fünf Mann aufzufinden wären, die für eine solche Kombination zu haben wären. Dr. Scholz hat demzufolge nur Tatsachen festgestellt, die für jedermann etwas Selbstverständliches waren, der als Marxist einigermaßen fest auf den Füßen steht. In der Arbeitszeitfrage, bei dem Reichswehrproblem und in dem Kulturreform des Herrn Dr. Rühl, da gibt es keine Verständigung, die länger als auch nur einige Wochen währen würde. Der eiserne Zwang der wirtschaftlichen Entwicklung, die Dialektik des historischen Wandens ist stärker als das Vollen der Staatsmänner, die im Bunde mit der Volkspartei ihr Seelenheil erblicken.

Wir wir schon oben sahen, war die Boh sehr gut informiert, auch hinsichtlich der Motive, die manchen leiten. Das Organ Georg Bernhards schrieb, die Sozialdemokratie wolle ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett einbringen,

„wenn bis dahin der Sozialdemokratie nicht gewisse Aufklärungen und Zusicherungen gegeben werden, die davor sichern, daß eine Reichsregierung einberufen werden solle“.

Selbst aber wenn sich diese Schnäpfe erfüllen würden, die Große Koalition scheitert dennoch an dem Widerstande der Deutschen Volkspartei, trotz der Patenschaft, die ausgesprochen der Stiefvater vom „Schnapf und Schund“, Dr. Rühl, für Sachsen übernehmen will. Er ist noch immer Vorstandsmitglied der Demokraten Sachsens. Als solches schrieb er an den sozialdemokratischen Parteivorstand mit der Bitte, sein übriges zu tun. Das mag 1923/24 gegangen sein. Jetzt dürfen sich diese Wege als völlig ungangbar erweisen. Jedenfalls aber beleuchtet der Schritt des Innenministers die gegenwärtige Situation mit Blutheselle.

Auch im Zentrum pflanzt man noch am Grabe die letzte Hoffnung auf. Die Germania bezeichnet die Rede Dr. Scholz als „übelste Kakophonie“ — das ist so das glatte Gegenteil von Symphonie. Aber im Jazzband führt gerade das Kakophonische zum Gleichklang. So liegt sich auch Dr. Scholz in den Rahmen des Wirtschaftsorchesters ein. Freilich spielt er ein impertinentes Saxophon, das seinem der Sänger, die die Konfessionen lieben, irgendwie gefallen kann. Selbst Stegerwald, der traditionell rechte Zentrumsmann, findet schärfere Töne. Zuletzt aber stellt er zur eigenen Beruhigung das Folgende fest:

„In der Deutschen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten liegen mehr wirtschafts-, steuer- und sozialpolitische Reaktionen, als bei der Deutschnationalen Volkspartei.“

Man kann dem christlichen Gewerkschaftsführer nicht völlig unrecht geben, aber gerade das spricht gegen die Große Koalition, die er zur Zeit, wohl wegen des Arbeitszeitgesetzes, angestreben scheint. Zwischen Herrn Dr. Scholz und Hermann Müller ist eine Verständigung zur Zeit ausgeschlossen, darüber ist sich auch Genosse Sollmann, trotz mancher Schwankung, scheinbar völlig klar. Er beschwört in der Rheinischen Zeitung,

dem Kölner Parteiorgan, die Republikanische Union und erwartet von ihnen „Führer“ und die „führende Tat“, die der Kampf der Republikaner um die Republik erfordert.“

Die Republik wird nicht zugrunde gehen, auch ohne die Große Koalition. Der Marxismus setzt sich durch, zuweilen selbst gegen die „Marxisten“. Und das ist seine Schwäche nicht.

Im Plenum des Reichstages plätschern die Debatten müde dahin. Von den Ostpreußen kommt er schon gar nicht los. Das ist eine besonders düstere Angelegenheit. Nun bekommt auch Sachsen drei Millionen. Auf Antrag der Sozialdemokratie. Sie will damit die Regierung zwingen, diesen ganzen Bettel ad absurdum zu führen.

Dr. Gehler beherrscht noch immer das Feld, d. h. natürlich im negativen Sinne. Die nächsten Tage werden noch mancherlei Überraschungen bringen. Jedenfalls bleibt an der Wichtigkeit der Enthüllungen des Manchester Guardian kein Zweifel übrig. Sie sind auf eine Denkschrift zurückzuführen, die von der schwer geschädigten Firma Junfers als Anlage verbreitet worden ist.

### Die Fraktion der Volkspartei geschlossen hinter Scholz.

W.B. Berlin, 9. Dezember.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich heute abend mit der Lage, die durch die Rede des Abg. Dr. Scholz geschaffen worden ist. Wie wir erfahren, trat sie einstimmig hinter die Ausführungen ihres Vorsitzenden. Sie stellte fest, daß eine Bindung in der Koalitionsfrage nach keiner Seite hin vorliege. Das Ergebnis der Beratung ist, daß die Fraktion grundsätzlich an der Koalition der Mitte festhält. Sollte eine parlamentarische Situation eintreten, die eine Verbreiterung der Regierungsbasis nötig macht, so wäre die Deutsche Volkspartei auch zu solchen Verhandlungen bereit.

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei hat die politische Situation außerordentlich verschärft, was auch der Vorwärts rückhaltlos anerkennt, indem er schreibt:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei billigt die provokatorische Rede ihres Fraktionsvorsitzenden. Sie verschärft die Situation. Dieser Beschluß war der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei ihrer Beschlußfassung noch nicht bekannt — er hätte aber an diesem Beschluß auch nichts geändert.“

Mit diesem Beschluß ist das Experiment der Stillen Koalition zu Ende. Es war ein Versuch. Dieser Versuch ist gescheitert an der Akrasie der Volkspartei und ihrer Sehnsucht nach dem Bürgerkrieg.“

## Der Kampf um den Finanzausgleich.

Von Heinrich Ströbel, Berlin.

Der Reichsrat hat am Donnerstag die Beratungen über den Finanzausgleich zu Ende geführt. Nachdem die Änderungsanträge Preußens und Bayerns abgelehnt worden waren, wurde der vorläufige Finanzausgleich in einfacher Abstimmung angenommen.

Ueber die Bedeutung des Finanzausgleichsgesetzes unterrichtet der nachstehende Artikel.

Unter dem Finanzausgleich versteht man die Regelung der steuerlichen Rechte und der steuerlichen Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Diese Beziehungen sind durch das Gesetz über den Finanzausgleich geregelt, das seit dem 23. Juli 1923 diesen Namen trägt und durch das neue Gesetz gleichen Namens vom 10. August 1925 gewisse Änderungen erfahren hat. Das zur Zeit geltende Gesetz zerfällt in drei Teile, deren erster vom Verhältnis des Reichssteuerrechtes zu dem Steuerrecht der Länder und Gemeinden handelt, während der zweite Teil die Beteiligung der Länder und Gemeinden an gewissen Reichsteuern regelt und der dritte Teil die dem Reich, den Ländern und den Gemeinden obliegenden Aufgaben abgrenzt.

Dieser Finanzausgleich war notwendig geworden durch die große Finanzreform, die von dem damaligen Reichsfinanzminister Erzberger 1919/20 unter reger Mitwirkung der Sozialdemokratie durchgeführt worden war. Das Wesentliche dieser Reform war, daß die Finanzverwaltung, die ehemals Sache der Länder gewesen war, auf das Reich überging. Erzberger und die hinter ihm stehende Mehrheit der Volksvertretung ließen sich dabei von zwei Grundgedanken leiten. Einmal sollte durch die Steuerhoheit des Reiches die Reichseinheit gefördert, zum anderen aber die Gleichmäßigkeit der vom Volke zu tragenden Steuerlast gesichert werden. Denn das vordem in Deutschland herr-

sche System der Steuererhebung und Lastenverteilung war mit der größten Ungleichheit und infolgedessen der schlimmsten steuerlichen Ungerechtigkeit verbunden gewesen.

Wie hatte dies alte Lasten- und Steuerrechtssystem ausgesehen? Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 war der Artikel 70 der Bismarckschen Verfassung maßgebend. Dieser Artikel stellte ein Provisorium dar und bestimmte, daß bis zur Schaffung besonderer Reichsteuern die Bundesstaaten, also die Länder, durch die sog. Matritalarbeiträge die Mindereinnahmen zu decken hätten. Einstweilen wurden dem Reiche als Einkunftsquellen in der Hauptsache die Zölle und Verbrauchsabgaben auf Salz, Tabak, Brauntwein, Zucker und Bier zugewiesen. Dies Provisorium blieb aber sehr lange in Kraft, da man finanzpolitisch zunächst von den 5 Milliarden der französischen Kriegsschuldung zehrte und später die Zolleinnahmen und Verbrauchsabgaben derartig steigerte und vermehrte (1902 durch die Schaumweinsteuer, 1906 durch die Zigarettensteuer, 1909 durch die Leuchtmittel- und Zündwarensteuer), daß die Ausgaben des Reichs trotz ihrer ständigen Erhöhung infolge der gewaltigen Steigerungen der Militärlasten (1879: 691,7 Millionen, 1900: 2016,1 und 1913: 3520,9 Millionen Gesamtausgaben) im wesentlichen durch die indirekten Steuern gedeckt werden konnten. Die Matritalarbeiträge spielten niemals eine Rolle. Sie wurden durch Ueberweisungen aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer so gut wie aufgehoben und von 1906 an zudem auf den Satz von vierzig Pfennigen (seit 1909 von 80 Pfennigen) pro Kopf der Bevölkerung der Bundesstaaten festgelegt. Von direkten Steuern erhob das Reich erst seit 1906 die Reichssteuer